



## **Wahlprogramm Kommunalwahl Neuwied**

### **Der Bürger im Mittelpunkt – für unsere Heimat!**

Präambel .....	2
1. Für Bürgerbeteiligung und Transparenz! .....	3
2. Für Solide Haushaltsführung und Finanzen!.....	3
3. Für Lebensqualität und Sicherheit – Polizei stärken und Sicherheit schaffen!.....	5
4. Für bezahlbare und sinnvolle Energiepolitik – kein Windrad ohne Volksentscheid! 6	
5. Für eine leistungsfähige Verkehrs- und Informations-Infrastruktur! .....	6
6. Für eine lebenswerte Heimat .....	7
7. Für eine demokratische, rechtsstaatliche und subsidiäre EU! .....	8
8. Für Zuwanderung nach deutschen Interessen! .....	8
9. Für effektive Wirtschaftsförderung und Standortpolitik! .....	9
10. Für gute Bildung und Ausbildung – unsere Zukunft!.....	10
11. Für Hilfe für die wirklich Schwachen!.....	11
12. Für Senioren – Mitten im Leben! .....	12
13. Für Perspektiven für die Jugend!.....	12

## Präambel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 25. Mai 2014 können Sie darüber entscheiden, wer die Zukunft unserer Heimat und Europas in den nächsten 5 Jahren mitgestalten darf. Politik auf kommunaler Ebene ist eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen in unserer Gesellschaft. In der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die sich direkt auf ihr tägliches Leben auswirken und die Sie hautnah erfahren.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine Bürgerbewegung, die sich als Partei formiert hat, um politisch direkt Einfluss nehmen zu können. Wir sind Bürger, keine Berufspolitiker. Bei uns finden sich Menschen, die aus verschiedenen politischen Richtungen kommen, aber auch Bürger, die aus Enttäuschung über die Alt-Parteien zu Nichtwählern wurden. Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft und fühlen uns vor allem dem gesunden Menschenverstand und dem Wohlergehen unserer Heimat verpflichtet. Wir sind nicht ideologisch eingeengt oder von Lobbys abhängig.

Viele Menschen haben an unserem Programm mitgewirkt. Wir alle stehen „mitten im Leben“ und haben den „Mut zur Wahrheit“: Deutschland braucht auch auf der kommunalen Ebene eine Alternative!

Wir möchten uns daher in den kommunalen Gremien im Kreis Neuwied mit Herz und Verstand für die folgenden Themen einsetzen:

1. Für Bürgerentscheide und Transparenz!
2. Für solide Haushaltsführung und Finanzen!
3. Für Lebensqualität und Sicherheit – Polizei stärken und Sicherheit schaffen!
4. Für bezahlbare Energie – kein Windrad ohne Volksentscheid!
5. Für eine leistungsfähige Verkehrs- und Informations-Infrastruktur!
6. Für eine liebenswerte Heimat!
7. Für eine demokratische, rechtsstaatliche und subsidiäre EU!
8. Für Zuwanderung nach deutschen Interessen!
9. Für effektive Wirtschaftsförderung und Standortpolitik!
10. Für gute Bildung und Ausbildung – unsere Zukunft!
11. Für Hilfe für die wirklich Schwachen!
12. Für Senioren – mitten im Leben!
13. Für Perspektiven für die Jugend!

Helfen Sie uns dabei. Bitte gehen Sie zur Wahl und geben Ihre Stimme bei der Kommunalwahl zum Neuwieder Kreistag, zum Stadtrat der Stadt Neuwied und zum Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Unkel (jeweils Liste Nr. 7) sowie bei der Europawahl (Liste Nr. 20) der Alternative für Deutschland (AfD)!

Ihr Dr. Jan Bollinger, Kreisvorsitzender und Spitzenkandidat bei den Kommunalwahlen

## **1. Für Bürgerbeteiligung und Transparenz!**

Bürgerbeteiligung und Transparenz sind auf der kommunalen Ebene so wichtig und werden bislang in der Realität leider so vernachlässigt wie auf der deutschen und europäischen Ebene, was bei den Bürgern zu Politikverdrossenheit und Desinteresse führt.

Auf der kommunalen Ebene werden Entscheidungen getroffen, die das tägliche Leben der Bürger direkt betreffen. Diese Entscheidungen sollten nicht ohne Einbezug der Bürger, sondern von den Bürgern getroffen werden.

An konkreten Anlässen für die Beteiligung der Bürger im Allgemeinen und Bürgerentscheide im Besonderen mangelt es in Kreis und Stadt Neuwied nicht:

Im Rahmen der wirtschaftlich und energiepolitisch schlecht geplanten und umgesetzten Energiewende soll der Kreis Neuwied ohne Einbezug der Bürger mit Windparks überzogen werden, die unsere herrlichen Mittelgebirgslandschaften optisch verunstalten und dadurch den landschaftlichen Reiz, den Erholungswert und das touristische Potential unserer Heimat beschädigen würden.

Bei Kommunalreformen, wie sie in der VG Waldbreitbach ein Thema waren und sind und bei den in Zukunft anstehenden Gebietsreformen müssen die Interessen der betroffenen Bürger berücksichtigt werden.

In der Stadt Neuwied wurde ein neues Logo für die Stadt entwickelt. In dieser für die Identität der Stadt und die Identifikation der Bürger mit der Stadt wichtigen Frage, bei der der Einbezug der Bürger selbstverständlich sein sollte, ist über die Köpfe der Bürger hinweg ein vollkommen beliebiges Logo ohne sinnvollen Bezug zur Stadt oder dem Kreis Neuwied dekretiert worden. Hier hätten bspw. Vorschläge aus der Bürgerschaft und von örtlichen Schulen, Kreativen angefordert werden können: dies hätte dem Zusammenhalt und der Identifikation gedient und mit Sicherheit ein besseres Ergebnis erzeugt – und deutlich weniger Geld gekostet!

- Die AfD fordert die Information und Beteiligung der Bürger an allen wichtigen Entscheidungen!
- Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen, die das Leben der Bürger betreffen!

## **2. Für Solide Haushaltsführung und Finanzen!**

Deutschland haftet mit fast 700 Milliarden Euro für die Schulden der Krisenländer in Südeuropa und ihrer Banken und hat schon mehr als 160 Milliarden Euro davon ausgezahlt, während die deutschen Kommunen unter einer Schuldenlast von über 134 Milliarden Euro stöhnen. Sie schließen ihre Schwimmbäder und Bibliotheken, veräußern kommunale Unternehmen und Immobilien, können ihre Infrastruktur nicht in Stand halten und die staatlich garantierten Betreuungsplätze für Kinder nicht finanzieren.

Die Finanznot der Kommunen hat einen so dramatischen Stand erreicht, dass das im Artikel 28, Abs. 2 des Grundgesetzes und Artikel 49 der Landesverfassung garantierte Recht auf Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden stark eingeschränkt ist.

Diese kommunale Selbstverwaltung durch direkt gewählte Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, weil hier die Auswirkungen von Entscheidungen für jedermann leicht erkennbar und nachvollziehbar sind. Kommunalpolitiker sind für die Bürger "greifbar" und stehen in direkter Verantwortung. Im Gegensatz dazu nehmen Bundes- und insbesondere EU-Politiker durch Gesetze und Verordnungen immer mehr Einfluss auf die Handlungsfähigkeit der Kreise und Kommunen, ohne in direkter Verantwortung zu stehen, geschweige denn den Betroffenen Rede und Antwort stehen zu müssen.

Wird diese kommunale Selbstverwaltung durch die Aushöhlung der Finanzen abgeschafft, schwächt dies die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in der Kommunalpolitik und fördert die Politikverdrossenheit. Wer nur noch auszuführen hat und nicht mitentscheiden und gestalten darf, wird sich mittelfristig in einer derart gestalteten Gesellschaft durch Passivität verweigern.

Immer häufiger werden Aufgaben von oben nach unten verlagert, ohne die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen (Grundsicherungsgesetz, Schülerbeförderung, Kindergartenplätze, usw.). Selbst die notwendigen Pflichtaufgaben können nicht mehr solide bezahlt, sondern müssen auf Pump und zu Lasten der nächsten Generation finanziert werden. Eine Generation, die durch die Struktur in unserer Gesellschaft zukünftig vor kaum lösbarer Aufgaben steht, ist damit völlig überfordert.

Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren andauernden kommunalfeindlichen Politik des Landes und des Bundes. Neben der gescheiterten Wirtschafts-, Steuer- und Eurorettungspolitik der Bundesregierung sind eine Reihe anderer Faktoren für die katastrophale Entwicklung der kommunalen Finanzen verantwortlich:

Der Kreis Neuwied hat mit 224 Millionen Euro die höchsten Schulden aller Landkreise in Rheinland-Pfalz angehäuft. Bei Einbezug der Kommunen im Kreis Neuwied belaufen sich diese Kreisbereichsschulden sogar auf 686,6 Millionen Euro, was ebenfalls Spitzenwert in Rheinland-Pfalz ist. Auf die Stadt Neuwied entfallen dabei ohne Berücksichtigung der kommunalen Unternehmen 126 Millionen Euro.

Das liegt auch an der Haushaltsführung von Kreis und Stadt Neuwied, die im Fall der Stadt Neuwied im Jahr 2013 von der Trierer Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) u.a. deshalb kritisiert wurde, weil die Stadt Neuwied 100.000 Euro für eine Rathauszeitung ausgeben wollte. Für den hohen Schuldenstand verantwortlich sind auch schlecht geplante und umgesetzte Großprojekte wie das Schwimmbad Deichwelle, dass mit den mehrfachen Sanierungen und Renovierungen und dem defizitären Betrieb ein Defizit von mehr als 20 Millionen Euro verursacht hat.

Die AfD setzt sich demgegenüber für solide Haushaltsführung und Finanzen ein. Unsere Forderungen lauten:

- Keine unnötigen Ausgaben und finanzielle Konsolidierung in den Kommunen!
- Schluss mit der Finanzierung von Wahlversprechen und von wünschenswerten Investitionen zu Lasten unserer Kinder. Die Kommunen müssen endlich wieder die Verantwortung für ihre Selbstverwaltungsaufgaben zurück erhalten.
- Umsetzung einer wirkungsvollen Gemeindefinanzreform. Die Städte und Kommunen müssen einen größeren Anteil vom Gesamteinkommen der öffentlichen Hand erhalten.

- Die Finanzmittel des Bundes müssen in vollem Umfang durch das Land an die Kommunen weitergeleitet werden. Überregionale prestigeträchtige Bauvorhaben des Landes dürfen nicht zu Lasten der Kommunen finanziert werden.
- Bei Investitionsentscheidungen muss stets das Machbare vor dem Wünschenswerten Vorrang haben. Dabei muss der kritischen Betrachtung von Folgekosten eine besondere Bedeutung zukommen.
- Nach der mittelfristigen Finanzplanung wird in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Kreisschulden zu rechnen sein. Einem solchen Schuldenanstieg muss unbedingt entgegengewirkt werden. Bei einer Abschwächung der Konjunktur sowie einer Zinssteigerung wäre ein nicht mehr zu bewältigender finanzieller Kollaps zu befürchten. Deshalb ist eine verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik, sowie ein Schuldenabbau zwingend erforderlich.
- Die Optimierung der Geschäftsabläufe auf allen Verwaltungsebenen muss konsequent umgesetzt werden. Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit ist zu stärken. Einsparmöglichkeiten, etwa durch sinnvolle Bündelung von Aufgaben, müssen spürbar umgesetzt werden.

### **3. Für Lebensqualität und Sicherheit – Polizei stärken und Sicherheit schaffen!**

„Heimat“ bedeutet auch, sich in seinem vertrauten Umfeld sicher fühlen zu können. Im Zusammenspiel zwischen kommunalen Ordnungsämtern und der Polizei wird die Sicherheit am Ort gewährleistet.

Allerdings müssen wir feststellen, dass die Personaldecke der rheinland-pfälzischen Polizei so dünn ist, wie in kaum einem anderen Bundesland. Gerade in ländlichen Gebieten ist ein starker Anstieg von Einbruchdiebstählen zu verzeichnen. Es kann und darf nicht so weit kommen, dass Bürger sich gezwungen sehen, „Bürgerwehren“ zu bilden oder private Sicherheitsdienste einsetzen zu müssen, um etwas gegen die zunehmende Zahl von Straftaten im öffentlichen Raum zu tun. Wir brauchen stattdessen eine bürgernahe Polizei, die auf den Straßen und Plätzen präsent ist, wozu unter anderem der Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen gehört. Ferner müssen die Erkenntnisse der Polizei verstärkt in die öffentlichen Planungen einfließen, um bereits dabei die Weichen gegen die weitere Ausbreitung von Kriminalität richtig zu stellen. Wir brauchen eine engere Verzahnung von Polizei und kommunalem Vollzugsdienst. Dazu gehört auch eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen Bürgern, kommunalem Vollzugsdienst und der Polizei.

Gefahrenabwehr ist nicht nur allein Sache der Polizei. Wir brauchen auch Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungswesen mit einer modernen Ausstattung, weil diese eine wertvolle Hilfe bei unvorhersehbaren Gefahren leisten, die jeden von uns immer und überall treffen können.

Diese Einrichtungen bedürfen auch in Zeiten knapper Kassen der finanziellen Unterstützung. Unsere Sicherheit muss uns dies wert sein!

## **4. Für bezahlbare und sinnvolle Energiepolitik – kein Windrad ohne Volksentscheid!**

Die AfD setzt sich für eine bezahlbare und sinnvolle Energiepolitik ein.

Das EEG in der jetzigen Form muss abgeschafft oder grundlegend überarbeitet werden. Wir fordern ein nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie. Es ist unzumutbar, dass die Bevölkerung mit drastisch steigenden Preisen für die kopf- und konzeptionslose Politik der Bundes- und Landesregierung büßen muss.

So hat auch die jetzige „Große Koalition“ erst kürzlich bewiesen, dass sie aus rein parteipolitischen und ideologischen Gründen nicht in der Lage ist, hier in den kommenden Jahren eine wirtschaftlich vernünftige und sozial verträgliche Lösung in Aussicht zu stellen.

Im Rahmen der wirtschaftlich und energiepolitisch schlecht konzipierten und umgesetzten Energiewende soll der Kreis Neuwied ohne Einbezug der Bürgerschaft mit Windparks überzogen werden, die unsere herrlichen Mittelgebirgslandschaften optisch verunstalten und dadurch den landschaftlichen Reiz, den Erholungswert und das touristische Potential unserer Heimat beschädigen würden. In unseren Mittelgebirgsregionen ist das Windaufkommen für einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb von Windenergie zu gering. Ohne die EEG-Zuschüsse, die unsere Strompreise über die Maßen erhöhen und damit die Privathaushalte belasten und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden, wäre der Betrieb dieser Anlagen nicht wirtschaftlich und würden sie nicht gebaut werden. So besteht die Gefahr, dass bei einer dringend erforderlichen Reform des EEG der Betrieb der Anlagen nicht mehr wirtschaftlich ist und eingestellt wird und lassen im schlimmsten Fall gewaltige Investitionsruinen zurück, deren Beseitigung sehr aufwendig und teuer wäre.

In jedem Fall sollten aber alle betroffenen Bürger darüber entscheiden können, ob Sie Ihre Heimat der Energiewende preisgeben möchten.

Die AfD fordert daher:

- Das EEG in der jetzigen Form muss abgeschafft oder grundlegend überarbeitet werden!
- Keine Windkraftanlagen im Kreis Neuwied ohne Bürgerentscheide!

## **5. Für eine leistungsfähige Verkehrs- und Informations-Infrastruktur!**

Eine leistungsfähige Verkehrs- und Informationsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlbefinden und Sicherheit der Bürger, die Bestandspflege der ortsansässigen Wirtschaft und die Ansiedlung neuer Unternehmen und konkurrenzfähiger Arbeitsplätze.

Im Bereich der Orts-, Kreis- und Landesstraßen besteht insbesondere im Norden des Kreises für jeden Bürger erkennbar ein gigantischer Investitionsrückstand mit zunehmenden Risiken für die Verkehrssicherheit und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Absurde Fehlinvestitionen vergangener Regierungen haben zu erheblichen Verlusten der öffentlichen Kassen geführt, weshalb Land und Kreis mittlerweile von der Substanz leben.

Die AfD fordert deshalb dringend substanzielle Investitionen in den Erhalt des Straßennetzes.

Dabei sollte Erhalt vor Neubau gehen und müssen Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umgeschichtet werden. Es ist zwingend nötig, Druck auf die Landesregierung auszuüben, um den „Landesbetrieb Mobilität“ mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten.

Die DSL-Versorgung in Deutschland - insbesondere in ländlichen Gegenden - ist in einem nicht zeitgemäßen Zustand. Die Initiative, die Bevölkerung kreisweit mit Breitband zu versorgen, hätte schon vor 10 Jahren ins Leben gerufen werden müssen. Die AfD unterstützt nachdrücklich alle Maßnahmen, die zur flächendeckenden Breitbandversorgung des Kreises Neuwied führen. Ziel sollte hierbei die Beauftragung eines Anbieters sein, welcher die Umsetzung für den gesamten Kreis gewährleistet. Insellösungen und das Ausweichen auf funkbasierte Technologien sind keine Alternative zur kabelgebundenen Versorgung. Trotz notwendiger Investitionen von Kreis und Kommunen ist kaum ein anderes Projekt so zukunftsweisend wie die Versorgung der Bürger, Firmen und Institutionen mit einem performanten Zugang zum Internet.

## **6. Für eine lebenswerte Heimat**

Die AfD setzt sich für eine schöne und lebenswerte Heimat ein.

Neben der Gewährleistung von Sicherheit und Lebensqualität sowie einer leistungsfähigen Wirtschaft und Infrastruktur umfasst dies auch ein angenehmes und landschaftlich reizvolles Erscheinungsbild von Kreis und Stadt Neuwied.

Ein effektives Immobilienmanagement muss unnötige Leerstände vermeiden und sanierungsbedürftige Objekte auch im Sinne der Sicherheit der Bürger rasch herrichten lassen.

In der Stadt Neuwied sollte den Bürgern Gelegenheit gegeben werden, über die Gestaltung einer Baumschutzsatzung für Bäume im öffentlichen Raum abzustimmen, die Bäume als wichtigen Teil des Erscheinungsbildes der Stadt und Faktor des Erholungswertes begreift und für fachgerechte Pflege und Beschnitt sorgt.

Insgesamt ist für ein gepflegtes, sauberes und angenehmes Bild von Stadt-, Kultur- und Naturlandschaft in Stadt und Kreis Neuwied zu sorgen.

Dies umfasst auch den Schutz der Bürger an der Rheinschiene vor übermäßiger Belastung durch Bahnlärm. Mögliche Maßnahmen wären Geschwindigkeitsbeschränkungen und der Einsatz von „Flüsterbremsen“.

Auch eine Unterstützung alternativer Wohnformen wie bspw. des generationenübergreifenden Wohnens oder anderer gemeinschaftlicher Wohnprojekte ist im Sinne der Lebensqualität der Beteiligten und einer Entlastung der öffentlichen Kassen anzustreben.

## **7. Für eine demokratische, rechtsstaatliche und subsidiäre EU!**

Die kommunale Selbstverwaltung wird nicht nur durch die prekäre Haushaltslage der deutschen Kommunen eingeschränkt:

Die Überregulierung auf der europäischen Ebene durch die EU-Kommission und Bürokratie verletzt die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der Subsidiarität, insbesondere im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge (soziale und Gesundheitsdienstleistungen, Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfall und ÖPNV) und im Bereich des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts. Dies wurde erst kürzlich in einer gemeinsamen Stellungnahme des deutschen Städtetags, des deutschen Landkreistags und des deutschen Städte- und Gemeindebundes beklagt.

Die AfD setzt sich demgegenüber für eine demokratische, rechtsstaatliche und subsidiäre EU ein: die Demokratiedefizite der EU müssen abgebaut werden, die Vertragsbrüche etwa der No-Bail-Out-Klausel des Maastricht-Vertrages geheilt und Aufgaben samt der dazugehörigen Mittel konsequent auf die jeweils niedrigste Ebene verlagert werden, auf der sie sinnvoll gelöst werden können.

Auch das TTIP-Freihandelsabkommen gefährdet die Organisationsfreiheit der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge sowie ihr Recht, die Art und Weise der lokalen Daseinsvorsorge zu gestalten, und ist auch aus diesem Grund abzulehnen.

## **8. Für Zuwanderung nach deutschen Interessen!**

Deutschland braucht keine Zuwanderung, kann aber von gut qualifizierten, integrationswilligen und integrationsfähigen Zuwanderern profitieren. Unqualifizierte Zuwanderung ist nicht im Sinne der Zuwanderer, die als Empfänger von Sozialleistungen und ohne Zugang zum Arbeitsmarkt keine wirkliche Teilhabe an unserer Gesellschaft erlangen können. Zuwanderung in die Sozialsysteme ist auch nicht im Sinne unseres Landes und insbesondere nicht im Sinne der Kommunen, die die Kosten für diese Zuwanderung zu tragen haben – im Kreis Neuwied liegt der Anteil der Kosten für Soziale Ausgaben bei 72,1% des Kreishaushaltes!

- Die AfD fordert daher: Zuwanderung nach Deutschland muss sich an deutschen Interessen orientieren und als wichtige Kriterien berufliche Qualifikation, Sprachkenntnisse und Alter berücksichtigen.
- Bei Migration innerhalb der EU müssen Sozialleistungen und sonstige Leistungen von den Herkunftsländern getragen werden, so lange die betreffenden Personen nicht selbst signifikant in die deutschen Sicherungssysteme eingezahlt haben. Zur Verhinderung von Armutsmigration müssen außerdem die Lebensbedingungen vor Ort in den Herkunftsländern verbessert werden.
- Die Auszahlung von Kindergeld für nicht in Deutschland lebende Kinder von Saisonarbeitern ist einzustellen.



## 9. Für effektive Wirtschaftsförderung und Standortpolitik!

Die AfD wird für Rahmenbedingungen sorgen, die bestehenden oder ansiedlungswilligen Betrieben eine vernünftige Basis und die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Eine effektive Wirtschaftsförderung und Standortpolitik ist eine Voraussetzung für mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung. Dazu bedarf es zunächst einer klaren Profilierung und entsprechende Wirtschaftsförderung, Standortpolitik und Kommunikation des Standortes Neuwied und seiner Wirtschaftsförderungsagentur.

Es ist eine Kooperation der Wirtschaftsförderungsagenturen im Kreis Neuwied anzustreben, damit Unternehmen für alle Fragen einen kompetenten Ansprechpartner haben.

Dabei ist ein Service-orientierter und unbürokratischer Umgang mit Unternehmen anzustreben und sind Unternehmen als Kunden anzusehen, deren Bedürfnisse erkannt und bedient und deren Probleme Ernst genommen und gelöst werden müssen.

Das bedeutet auch, dass Unternehmen bei der Planung und Umsetzung von sie betreffenden Bauarbeiten und anderen Maßnahmen einzubeziehen sind und ihre Interessen berücksichtigt werden müssen.

Kooperationen der regionalen Wirtschaft mit den Hochschulen der Region sollten gefördert und unterstützt werden.

Ein weitere wichtiger und entsprechend zu gestaltender und kommunizierender Standortfaktor ist die Gestaltung der Lebensbedingungen für Arbeitskräfte von Unternehmen, was auch Schulangebote für die Kinder und die Gewährleistung von Kinderbetreuung umfasst. Hierbei ist auch eine Kooperation mit Unternehmen anzustreben.

Der Schwerpunkt sollte auf die Förderung mittelständischer Unternehmen gelegt werden, die den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland stellen und das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind.

Für mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung sind auch kommunale Initiativen zur Förderung mittelständischer Unternehmen wichtig.

Es gilt die Förderung einer neuen Kultur der Selbständigkeit – Unternehmer und Existenzgründer sind unsere Baumeister beim Projekt, den Kreis Neuwied weiter zur Wachstumsregion zu entwickeln.

Die AfD steht zum Kreis Neuwied und seinen Bürgern und setzt auf folgende Maßnahmen:

- Eine Klare Profilierung und entsprechende Positionierung und Kommunikation des Standortes Neuwied und der örtlichen Wirtschaftsförderungsagentur,
- eine enge Kooperation der Wirtschaftsförderungseinrichtungen im Kreis Neuwied, damit Unternehmen für alle Fragen einen kompetenten Ansprechpartner haben,
- den service-orientierten Umgang mit Unternehmen - Unternehmen als Kunden,
- den Ausbau kommunaler Marketing-Initiativen und einen optimalen Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung,
- die Abschaffung von bürokratischen Hürden und somit die Verkürzung der Genehmigungsdauer von Anträgen,

- die Bestandspflege angesiedelter Unternehmen und eine enge Kommunikation mit ihnen,
- die Unterstützung von Unternehmensgründern,
- die Nutzung bereits vorhandener und die bedarfsgerechte Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden,
- den Erhalt einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben durch Unterstützung bei Planung und Aufbau weiterer Erwerbsmöglichkeiten (Vermarktung heimischer Produkte),

#### Zwangsmitgliedschaften

Die AfD lehnt jegliche Formen von Zwangsmitgliedschaften kategorisch ab. Die Zwangsmitgliedschaft in Handels-, Handwerks- und anderen Standeskammern ist ein Relikt aus dem Mittelalter, eine Abschaffung längst überfällig. Die AfD sieht hierin einen eklatanten Verstoß gegen die Vertragsfreiheit und einen Eingriff in das Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Zudem sind Zwangsmitgliedschaften mittelstandsfeindlich, tatsächlich erbrachte Leistungen können in Zukunft auch durch staatlich festgelegte Gebühren vergütet werden.

#### Landwirtschaft

Die AfD setzt sich dafür ein, die traditionellen, familiengeführten bäuerlichen Betriebe vor der ausufernden Regelungswut der EU zu schützen und in ihrer Existenz zu bewahren. Darüber hinaus möchten wir die Vielfalt qualitativ hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte in unserem Landkreis erhalten. Bestrebungen von EU und Industrie zur Monopolisierung von Saatgut und zur Patentierung lebender Organismen erteilen wir eine klare Absage. Wir erkennen ausdrücklich die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft im Landschaftsschutz und bei der Erhaltung unserer gewachsenen Kulturlandschaften an. Initiativen zur Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte werden wir von kommunalpolitischer Seite u.a. mit dem Abbau behördlicher Regulierungen unterstützen.

## **10. Für gute Bildung und Ausbildung – unsere Zukunft!**

Eine gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen ist das wichtigste Zukunftskapital unserer Gesellschaft.

Die AfD befürwortet ein differenziertes mehrgliedriges Schulsystem, welches den Erfordernissen einer umfassenden humanistischen Bildung der Schüler genügt. Dabei muss eine hohe Durchlässigkeit der einzelnen Schulformen gewährleistet sein und die Förderung besonders begabter, aber auch benachteiligter Kinder möglich sein.

Ansätze, die sich an der einseitigen Förderung von Gemeinschaftsschulen, ideologiebasierten Unterrichtsinhalten und der Ausrichtung am Mittelmaß orientieren, werden dem schulischen Bildungsauftrag und unseren Kindern nicht gerecht.

Insbesondere dürfen die hervorragenden und bei Schulwettbewerben immer wieder preisgekrönten Gymnasien in Stadt und Kreis Neuwied nicht bei der Zuteilung öffentlicher

Gelder und der Bewilligung von Stellen sowie bei der Festsetzung der Lehrer/Schüler-Quote zu Gunsten der IGS benachteiligt werden.

An die Stelle unausgeglichener Bildungsexperimente zu Lasten unserer Kinder setzen wir eine Aufstockung der Lehrerzahl mit besserer Aus- und Weiterbildung der Pädagogen, Sanierung der schulischen Bausubstanz und Investitionen in moderne Lehrmaterialien.

Wir setzen uns ein für:

- Verwaltung, Eltern und Schüler sind gefordert, neue Wege zu gehen. Nur so können die begonnenen Projekte weitergeführt und Gelder für neue Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, denn erfolgreiches Arbeiten setzt gute Rahmenbedingungen voraus. Aufgrund der prekären finanziellen Situation der Kommunen, sollten komplementär auch die Fördervereine der Schulen mehr in das finanzielle Gesamtkonzept eingebunden werden.
- Das Angebot der Ganztagschulen muss überprüft werden. Dabei ist es wichtig, nicht nur eine reine Betreuung anzubieten, sondern die Förderung von Begabungen der Kinder in den Vordergrund zu stellen.
- Lehrer, Eltern und Schüler müssen stärker über die sich ausbreitende Gewalt und Drogenmissbrauch in unserer Gesellschaft aufgeklärt werden.
- Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem, um eine praxisorientierte Ausbildung der Jugendlichen zu gewährleisten.
- Die staatlichen Rahmenbedingungen für die ausbildenden Betriebe müssen verbessert werden. Eine Ausbildungsabgabe ist kontraproduktiv.
- Im Rahmen der Wirtschaftsförderung muss verstärkt auf die Ansiedlung von Betrieben geachtet werden, die auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

## **11. Für Hilfe für die wirklich Schwachen!**

Die Zahl der sozial Schwachen nimmt auch in unserem Landkreis zu. Die Ausgaben im Sozialbereich steigen ständig. Aber nicht immer kommt das Geld bei den wirklich Bedürftigen an.

- Missbrauch von staatlicher Hilfe muss noch stärker als bisher bekämpft und bestraft werden
- Weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ und insbesondere Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit
- Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger darf kein Tabu sein. Wer sich verweigert, hat finanzielle Einbußen hinzunehmen
- Modernisierung der Seniorenheime – um der Würde des Alters willen
- Weitere Unterstützung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, auch durch Unterstützung privater Initiativen

- Ausschließlich zielgerichtete Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel

## **12. Für Senioren – Mitten im Leben!**

Die Senioren stellen eine der größten Bevölkerungsgruppen dar, die in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird.

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben große Aufbauleistungen erbracht und den nachfolgenden Generationen beste Grundlagen in allen Lebensbereichen geschaffen. Wir schulden ihnen Dank und Anerkennung und wollen ihren spezifischen Anliegen gerecht werden.

- „Selbständig leben im Alter“ durch Beratung – und für Bedürftige finanzielle Förderung – beim altengerechten Bauen, Wohnen und bei der Wohnungsanpassung.
- Ausbau der Maßnahmen „Betreutes Wohnen“ und Unterstützung der Heimträger bei notwendigen Renovierungen und Modernisierungen.
- Deutliche Ausweitungen der seniorengerechten Weiterbildungsangebote bei allen Bildungsträgern.
- Verstärkte Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der älteren Menschen durch bessere Information und praktische Hinweise (z.B. Sicherung von Haus und Wohnung, Verhalten im Straßenverkehr)
- Seniorengerechte Angebote bei Erholung, Freizeit und Sport.
- Berücksichtigung der Mobilität von Senioren bei der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Senioren.
- Pflege des Dialoges der Generationen – Jung und Alt an einem Tisch.

## **13. Für Perspektiven für die Jugend!**

Der Ausbau an attraktiven und qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist Bestandteil einer zukunftsorientierten Politik. Die Jugendarbeitslosigkeit ist wie in Deutschland insgesamt, auch im Kreis Neuwied, viel zu hoch. Diese Situation führt bei jungen Menschen zu Existenz- und Zukunftsängsten. Eine solche Entwicklung muss gerade uns als Kommunalpolitiker vorrangig interessieren. Schließlich hängt die Zukunft unseres Landkreises auch von jungen Menschen ab. Der Wunsch am Verbleib in unserer Heimatregion ist mehr zu wecken. Es muss möglich sein, in unserer Heimat nicht nur zu leben, sondern auch zu arbeiten. Dazu muss unsere Region den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Die AfD setzt sich für die Perspektiven junger Menschen im Kreis Neuwied weiter intensiv ein. Dazu gehören:

- Eine stärkere Förderung von Existenzgründern
- Die Verbesserung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Die ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendbereich bedarf weiterhin einer guten Förderung. Die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen besonders wichtig. Sie erlernen, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, in der Gemeinschaft zusammen zu arbeiten und sammeln somit Erfahrungen für eine positive Lebensentwicklung.
- Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in Sport-, Jugend- und Kulturvereinen und Kirchen müssen auch trotz knapper Kassen möglich sein. Die Entscheidung über Art und Umfang muss selbstverständlich vor Ort getroffen werden.
- Eine bessere freiwillige Vernetzung der Arbeit in den Jugendräumen mit den Jugendämtern sollte angestrebt werden. Man könnte gemeinsame bestehende Angebote erarbeiten und Veranstaltungen dann zusammen durchführen. Des Weiteren soll in den Gemeinden und Städten unseres Landkreises eine professionelle Betreuung der Jugendlichen erfolgen.
- ÖPNV Angebote bedürfen einer Optimierung. Z. B. muss an der Verbesserung des ÖPNV am Wochenende und in den Abendstunden gearbeitet werden.
- Die Integration jugendlicher Ausländer und Aussiedler in Schulen und Vereinen ist ein gesellschaftspolitischer Kraftakt. Oft bewegen sich ausländische Jugendliche nur in ihrem eigenen Kulturkreis. Hier muss weiter Aufklärungsarbeit auf beiden Seiten geleistet werden. Um die künftigen Generationen nicht noch mehr zu belasten, muss sich in unserer Gesellschaft ein Prozess des Umdenkens vollziehen. Dabei darf unter anderem die Steuerung von Zuwanderung nicht zu einem Tabu-Thema gemacht werden. Die Botschaft muss lauten: Wer leistungsbereit ist, darf nicht der Leidtragende in der Gesellschaft sein.

Die Förderung der kommunalpolitischen Arbeit junger Menschen ist ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Die Kommunen sollten das „Wecken von Interesse für politische Arbeit“ unterstützen. Die Gewährung einer Mitsprache von Jugendlichen (z. B. Vorsitzende der Jugendräume) in Jugendhilfeausschüssen von Kommunen wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.